



## 6/5.2

# **Rechtsverordnung des Bürgermeisteramts Karlsruhe über die Festsetzung eines Wasserschutzgebietes im Einzugsbereich des von den Stadtwerken Karlsruhe GmbH auf Gemarkung Karlsruhe betriebenen Wasserwerkes „Hardtwald“**

vom 17. Mai 2006 (Amtsblatt vom 2. Juni 2006)

Aufgrund des § 19 Abs. 1 und 2 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz - WHG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. August 2002 (BGBl. I S. 3245) in Verbindung mit § 24 Abs. 1 und § 110 Abs. 1 des Wassergesetzes für Baden-Württemberg (WG) in der Fassung vom 20. Januar 2005 (GBl. S. 219), in den jeweils geltenden Fassungen, wird verordnet:

### **§ 1**

#### **Räumlicher Geltungsbereich**

- (1) Im Interesse der öffentlichen Wasserversorgung wird zum Schutz des Grundwassers im Einzugsgebiet der Wassergewinnungsanlage Hardtwald der Stadtwerke Karlsruhe GmbH ein Wasserschutzgebiet festgesetzt.
- (2) Das Wasserschutzgebiet gliedert sich in die weitere Schutzzone (Zone III A und Zone III B), in die engere Schutzzone (Zone II) und in die Fassungsbereiche (Zone I).
- (3) Das Wasserschutzgebiet umfasst eine Fläche von ca. 4 075 Hektar.
- (4) Das Wasserschutzgebiet erstreckt sich auf Teile der Gemarkungen Karlsruhe, Karlsruhe-Neureut, Karlsruhe-Durlach und Stutensee-Blankenloch,

die Zone III B (3 122 Hektar)

- Gemarkung Karlsruhe (Gem.-Nr. 3620), Stadtteile Waldstadt, Hagsfeld, Oststadt und Rintheim,
- Gemarkung Karlsruhe-Durlach (Gem.-Nr. 3621), Ortsteile Durlach und Grötzingen,
- Gemarkung Stutensee-Blankenloch (Gem.-Nr. 3420), Ortsteile Blankenloch und Büchig

die Zone III A (798 Hektar)

- Gemarkung Karlsruhe (Gem.-Nr. 3620), Stadtteile Waldstadt und Oststadt,
- Gemarkung Karlsruhe-Neureut (Gem.-Nr. 3622),

die Zone II (154 Hektar)

- Gemarkung Karlsruhe (Gem.-Nr. 3620), Stadtteil Waldstadt, Flurstücke 22808, 22808/1, 22808/15 und 68813,
- Gemarkung Karlsruhe-Neureut (Gem.-Nr. 3622), Flurstücke 3836 und 11464,

die Zone I (0,8 Hektar)

- Gemarkung Karlsruhe (Gem.-Nr. 3620), Stadtteil Waldstadt, Flurstücke 22808, 22808/15 und 68813,
- Gemarkung Karlsruhe-Neureut (Gem.-Nr. 3622), Flurstück 11464.

Die genauen Grenzen des Wasserschutzgebiets und seiner Schutzzonen ergeben sich aus der Übersichtskarte im Maßstab 1 : 25 000 und den Flurkarten (Karten 1 - 18) im Maßstab 1 : 2 500, in denen die Zone III B hellgrün, die Zone III A dunkelgrün und die Zone II gelb gebändert umgrenzt sind, und die Zone I vollflächig rot dargestellt sind.

Die Schutzgebietskarten sind Bestandteil dieser Verordnung.

- (5) Gleichzeitig werden die Schutzbestimmungen der Rechtsverordnung des Regierungspräsidiums Karlsruhe vom 25.03.1966 zum Schutz des Grundwassers für die Wassergewinnungsanlage der Gemeinde Eggenstein, Gemeindewald Distrikt V „Neufeldschlag“, Gemarkung Eggenstein, Landkreis Karlsruhe, im Gültigkeitsbereich dieser Verordnung aufgehoben. Der von der Aufhebung betroffene Bereich befindet sich auf dem Flurstück Nr. 68813 der Gemarkung Karlsruhe (3620).
- (6) Die Verordnung mit Schutzgebietskarten ist beim Zentralen Juristischen Dienst der Stadt Karlsruhe - Wasserbehörde - beginnend mit Rechtskraft zur kostenlosen Einsicht durch jedermann während der Dienststunden niedergelegt.

## § 2

### Allgemeines

- (1) Im Wasserschutzgebiet gelten die Bestimmungen der  
Verordnung des Ministeriums für Umwelt und Verkehr über Schutzbestimmungen und die Gewährung von Ausgleichsleistungen in Wasser- und Quellenschutzgebieten (Schutzgebiets- und Ausgleichs-Verordnung - SchALVO) und der  
Verordnung des Ministeriums für Umwelt und Verkehr über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und über Fachbetriebe (Anlagenverordnung wassergefährdende Stoffe - VAWS) in der jeweils geltenden Fassung.
- (2) Inhaltsgleiche oder weitergehende Anordnungen dieser Verordnungen bleiben unberührt.

### § 3

#### Schutz des Fassungsgebietes (Zone I)

- (1) Die Zone I darf nur von den Eigentümern und den Nutzungsberechtigten der Grundstücke, von den Bediensteten des Wasserversorgungsunternehmens und der zuständigen Fachbehörden sowie von denjenigen Personen, denen ein Betretungsrecht aufgrund sonstiger gesetzlicher Bestimmungen zusteht, betreten werden.

Von Dritten darf die Zone I nur mit Zustimmung des Wasserversorgungsunternehmens betreten werden.

- (2) In der Zone I sind neben den nach der Schutzgebiets- und Ausgleichs-Verordnung (SchALVO) gestatteten Maßnahmen nur Maßnahmen zulässig, die der Wassergewinnung und -versorgung dienen.

### § 4

#### Schutz der engeren und weiteren Schutzzone (Zone II, III A, III B)

Für die engere Schutzzone (Zone II) und die weitere Schutzzone (Zonen III A und III B) gelten die Regelungen in den §§ 5 - 8.

### § 5

#### Landwirtschaftliche, gartenbauliche und forstwirtschaftliche Nutzung

Neben den Schutzbestimmungen nach § 2 gelten folgende Regelungen:

	Engere Schutzzone	Weitere Schutzzone	
	II	III A	III B
1. Verwendung von Pflanzenschutzmitteln und Biozidprodukten im Sinne der TrinkwVO 2001 an oberirdischen Gewässern	verboten		
2. Aufbringen von Pflanzenschutzmitteln und Biozidprodukten im Sinne der TrinkwVO 2001 mit Flugzeugen oder Hubschraubern	verboten		
3. Lagern von Pflanzenschutzmitteln und Biozidprodukten im Sinne der TrinkwVO 2001, Zubereitung der Behandlungsflüssigkeiten und Befüllung von Pflanzenschutzgeräten	verboten	zulässig in geeigneten Einrichtungen	

	Engere Schutzzone	Weitere Schutzzone	
	II	III A	III B
4. Lagern von Handelsdünger, ausgenommen vorübergehendes Lagern von Kalk	verboten	zulässig in geeigneten Einrichtungen	
5. Lagern von Festmist und Siliergut	verboten	zulässig sind das Lagern in dichten Anlagen, Wickelballensilage, geeigneten Foliensilos und die vorübergehende Zwischenlagerung von Festmist für eine ordnungsgemäße Aufbringung auf angrenzende Flächen	
6. Lagern von Jauche, Gülle und Gärssaft	verboten	zulässig in dichten Anlagen	
7. Errichten und Erweitern von Festmist- und Silageanlagen sowie von Anlagen zum Lagern und Abfüllen von Jauche, Gülle und Gärssaft	verboten	zulässig in dichten Anlagen, jedoch ab 15 m <sup>3</sup> nur, wenn sie mit Kontrolleinrichtungen zur Leckerkennung ausgestattet werden	
8. Errichten und Erweitern von Kleingartenanlagen, Gartenbaubetrieben und ähnlichen Anlagen	verboten		
9. Errichten und Erweitern von Stallungen	verboten	zulässig, wenn die baulichen und technischen Einrichtungen dem Stand der Technik entsprechen	
10. Standweide	verboten		
11. Anlegen oder Erweitern von Drainagen, Vorflutgräben sowie sonstiger oberirdischer Gewässer	verboten	verboten, ausgenommen bei Bau und Unterhaltung von Feld- und Waldwegen	
12. Kettenschmieröle für Motorsägen	zulässig sind nur biologisch schnell abbaubare (z.B. mit dem Umweltzeichen "Blauer Engel" ausgezeichnete) Kettenschmierstoffe		
13. Behandlung von Stammholz mit Pflanzenschutzmitteln	verboten	zulässig nach Maßgabe der SchALVO	
14. Anlegen und Erweitern von Holz-nasslagerplätzen	verboten		
15. Verwendung von wassergefährdenden Pflanzenschutzmitteln und Biozidprodukten im Sinne der TrinkwVO 2001	verboten		

## § 6

### Wassergefährdende Stoffe, Abwasser, Abfall

Es gelten folgende Regelungen:

	Engere Schutzzone	Weitere Schutzzone	
	II	III A	III B
1. Umgang mit wassergefährdenden Stoffen im Sinne von § 25 WG außerhalb landwirtschaftlicher, gartenbaulicher und forstwirtschaftlicher Nutzung	verboten	zulässig, wenn eine Verunreinigung des Grundwassers oder eine sonstige nachteilige Veränderung seiner Eigenschaften nicht zu besorgen ist	
2. Errichten und Erweitern von Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen im Sinne von § 19 g Abs. 1 WHG mit Ausnahme von Anlagen zur Entsorgung von Abfällen (vgl. § 6 Nr. 17)	verboten	zulässig sind das Errichten und Erweitern von	
		- Anlagen mit Auf- fangraum, der das maximal in der An- lage vorhandene Vo- lumen wassergefähr- dender Stoffe auf- nehmen kann oder von	
		- doppelwandigen Anlagen mit Leckan- zeigegerät,	
		sofern das Errichten oder Erweitern nach Maßgabe der in fol- gender Tabelle ent- haltenen zulässigen Volumina erfolgt und wenn eine Verunrei- nigung des Grund- wassers oder eine sonstige nachteilige Veränderung seiner Eigenschaften nicht zu besorgen ist.	
		zulässiges Volumen bis: (m <sup>3</sup> )	
		ober- irdische Anla- gen	un- ter- irdische An- la- gen
		WG K 3	10  1
		WG K 2	100  40

	Engere Schutzzone		Weitere Schutzzone		
	II		III A		III B
			WG K 1	ohne Begrenzung 1000 WGK = Wassergefährdungsklasse	
3. Errichten u. Erweitern von Anlagen zum Umschlagen wassergefährdender Stoffe im Sinne von § 19 g Abs. 2 WHG (1. Alt.) mit Ausnahme von Anlagen zum Umschlagen von Abfällen (vgl. § 6 Nr. 17)	verboten		zulässig, wenn eine Verunreinigung des Grundwassers oder eine sonstige nachteilige Veränderung seiner Eigenschaften nicht zu besorgen ist		
4. Errichten und Erweitern von Anlagen zum Speichern wassergefährdender Stoffe in unterirdischen Hohlräumen	verboten				
5. Errichten und Erweitern von Rohrleitungsanlagen zum Befördern wassergefährdender Stoffe im Sinne von § 19 a WHG und § 25 a WG	verboten		zulässig, wenn eine Verunreinigung des Grundwassers oder eine sonstige nachteilige Veränderung seiner Eigenschaften nicht zu besorgen ist.		
6. Errichten und Erweitern von Umspannstationen	verboten	zulässig, wenn eine Verunreinigung des Grundwassers oder eine sonstige nachteilige Veränderung seiner Eigenschaften nicht zu besorgen ist			
7. Umgang mit radioaktiven Stoffen	verboten	zulässig nach Maßgabe der Strahlenschutzverordnung			
8. Errichten von Anlagen zur Gewinnung von Kernenergie, zur Gewinnung oder Lagerung von radioaktivem Material	verboten				
9. Errichten und Erweitern von Abwasserbehandlungsanlagen	verboten	verboten, ausgenommen sind das Erweitern von Sammelkläranlagen sowie das Errichten und Erweitern von Kleinkläranlagen bei erhöhten Anforderungen an Bauausführung und Dichtheit, Regenwasserbehandlungsanlagen und betrieblichen Vorbehandlungsanlagen			
10. Bau von Abwasserkanälen und -leitungen	verboten	zulässig bei erhöhten Anforderungen an Bauausführung und Dichtheitsprüfung			
11. Betrieb von Abwasserkanälen und -leitungen	verboten	Zulässig ist der Betrieb dichter Abwasserkanäle und -leitungen, sofern diese in angemessenen Zeitabständen auf Dichtheit geprüft werden			
12. Versickern und Versenken von Abwasser	verboten, ausgenommen ist das breitflächige Versickern des auf land- und forstwirtschaftlichen Wegen anfallenden	verboten, ausgenommen sind das schadloose Versickern des Niederschlagswassers von Dachflächen sowie von befestigten Grundstücken in Wohngebieten, das breitflächige Versickern des auf land- und	verboten, ausgenommen sind das schadloose Versickern des Niederschlagswassers von Dachflächen, von befestigten Grundstücken in Wohngebieten sowie das breitflächige Versickern des auf Verkehrsflächen anfallenden		

	Engere Schutzzone	Weitere Schutzzone	
	II	III A	III B
	Niederschlagswassers über belebte Bodenschichten	forstwirtschaftlichen Wegen anfallenden Niederschlagswassers über belebte Bodenschichten sowie bei günstiger Untergrundbeschaffenheit auch das breitflächige Versickern des auf sonstigen Verkehrsflächen anfallenden Niederschlagswassers über belebten Bodenschichten	Niederschlagswassers über belebten Bodenschichten
13. Auf- oder Einbringen von Stoffen auf oder in den Boden	verboten	nur zulässig, wenn dies aus forst- oder naturschutzfachlicher Sicht oder zum Schutz des Grundwassers erforderlich ist	zulässig, wenn eine Verunreinigung des Grundwassers oder eine sonstige nachteilige Veränderung seiner Eigenschaften nicht zu besorgen ist
14. Vergraben von Tierkadavern	verboten		
15. Wiedereinbau von Bodenmaterial aus dem Bereich einer Altlast oder einer schädlichen Bodenveränderung am Ort der Entnahme	verboten	zulässig, wenn eine Verunreinigung des Grundwassers oder eine sonstige nachteilige Veränderung seiner Eigenschaften nicht zu besorgen ist	
16. Aufbringen von Grüngut und Bioabfallkompost	verboten	zulässig, wenn eine Verunreinigung des Grundwassers oder eine sonstige nachteilige Veränderung seiner Eigenschaften nicht zu besorgen ist	
17. Verwenden von teerhaltigem Straßenaufbruch im Straßenbau	verboten	verboten, ausgenommen ist der Wiedereinbau an Ort und Stelle außerhalb von Ortschaften, wenn die Umweltverträglichkeit des eingebauten Materials gewährleistet ist und die betreffenden Straßenabschnitte dokumentiert werden	
18. Verwenden von teerfreiem Straßenaufbruch und Bauschutt im Straßenbau	verboten	zulässig ist das Verwenden von aufbereitetem Material, wenn dessen Umweltverträglichkeit gewährleistet ist	
19. Verwenden von auswasch- oder auslaugbaren und wassergefährdenden Materialien beim Bau von Straßen und Wegen, Anlagen des Wasser-, Schienen- und Luftverkehrs und von Lärmschutzdämmen sowie für Aufschüttungen, soweit nicht bei § 6 Nrn. 11 - 15 erfasst		verboten	
20. Errichten und Erweitern von Anlagen zur Entsorgung von Abfällen	verboten	verboten, ausgenommen  - Recyclinghöfe und Sortieranlagen für Haus-, Sperr- und Gewerbemüll,	Regelung wie bei Zone III A, ausgenommen sind jedoch zusätzlich Anlagen zur Behandlung oder Lagerung von Autowracks und Schrott, wenn eine

	Engere Schutzzone	Weitere Schutzzone	
	II	III A	III B
		<ul style="list-style-type: none"> <li>- Kompostierungsanlagen für Grün- und Bioabfälle sowie Kompostsammelanlagen</li> <li>- Umschlaganlagen für Hausmüll und hausmüllähnliche Gewerbeabfälle,</li> <li>- Abfallzwischenlager und Abfallvorbehandlungsanlagen bei den in der Schutzzone ansässigen Betrieben,</li> <li>- Anlagen zur Vor-Ort-Behandlung von kontaminiertem Erdaushub, Bauschutt und Straßenaufbruch im Rahmen von Altlastensanierungen,</li> <li>- Umschlag- und Behandlungsanlagen für verwertbaren Bodenaushub, Bauschutt und Straßenaufbruch sowie</li> <li>- Deponien für unbelasteten Erdaushub, mineralischen Straßenaufbruch und mineralisches Abbruchmaterial von Wohn- und Bürogebäuden mit Basisabdichtung und Sickerwassererfassung,</li> </ul> <p>wenn eine Verunreinigung des Grundwassers oder eine nachteilige Veränderung seiner Eigenschaften nicht zu besorgen ist</p>	<p>Verunreinigung des Grundwassers oder eine sonstige nachteilige Veränderung seiner Eigenschaften nicht zu besorgen ist , sowie Deponien der Deponieklasse I gemäß TA Siedlungsabfall</p>

## § 7

### Bauliche Nutzungen

Es gelten folgende Regelungen:

	Engere Schutzzone	Weitere Schutzzone	
	II	III A	III B
1. Ausweisung von Baugebieten	verboten	zulässig, wenn in den Festsetzungen zum Bebauungsplan auf die Bestimmungen dieser Rechtsverordnung hingewiesen wird und soweit Belange der Grundwasserneubildung sowie des Grundwasserschutzes der geplanten Bebauung nicht entgegenstehen	
2. Errichten und Erweitern von sonstigen baulichen Anlagen	verboten	zulässig, wenn eine Verunreinigung des Grundwassers oder eine sonstige nachteilige Veränderung seiner Eigenschaften nicht zu besorgen ist	
3. Errichtung und Erweitern von Tunnelbauten	verboten		zulässig, wenn das Grundwasser nicht angeschnitten wird und eine Verunreinigung des Grundwassers oder eine sonstige nachteilige Veränderung seiner Eigenschaften nicht zu besorgen ist
4. Baustelleneinrichtungen, Baustofflager und Wohnunterkünfte für Baustellenbeschäftigte	verboten	zulässig, wenn eine Verunreinigung des Grundwassers oder eine sonstige nachteilige Veränderung seiner Eigenschaften nicht zu besorgen ist	
5. Neu-, Um- und Ausbau von Straßen mit Ausnahme von Feld- und Waldwegen	verboten	zulässig, wenn die erforderlichen Schutzvorkehrungen gegen eine Verunreinigung des Grundwassers oder eine sonstige nachteilige Veränderung seiner Eigenschaften getroffen werden	
6. Neu-, Um- und Ausbau von Feld- und Waldwegen	verboten		
7. Neu-, Um- und Ausbau von Gleisanlagen des schienengebundenen Verkehrs	verboten	verboten ist das Errichten und Erweitern von Rangier- und Güterbahnhöfen	
8. Anlegen und Erweitern von Sportplätzen	verboten		
9. Errichten und Erweitern von Campingplätzen	verboten	zulässig, wenn die geordnete Abfall- und Abwasserentsorgung gewährleistet ist	
10. Anlegen und Erweitern von Friedhöfen	verboten		
11. Anlegen und Erweitern von Flugplätzen	verboten		

## § 8

### Sonstige Nutzungen

Es gelten folgende Regelungen:

	Engere Schutzzone	Weitere Schutzzone	
	II	III A	III B
1. Maßnahmen, die eine wesentliche Verminderung der Grundwasserneubildung oder des nutzbaren Dargebotes zur Folge haben sowie Erschließen von Grundwasser	verboten	verboten, ausgenommen ist das Erschließen von Grundwasser mit Zustimmung des Wasserversorgungsunternehmens zur Beregnung, wenn eine Verunreinigung des Grundwassers oder eine sonstige nachteilige Veränderung seiner Eigenschaften nicht zu besorgen ist	
2. Oberirdisches Gewinnen von Steinen und Erden sowie sonstige Abgrabungen, Einschnitte und Erdaufschlüsse mit Ausnahme von Erdaufschlüssen zur Altlastenerkundung und -sanierung sowie von Bohrungen (vgl. § 8 Nr. 3)	verboten	verboten ist das oberirdische Gewinnen von Steinen und Erden sowie sonstige großflächige Abgrabungen, Einschnitte und Erdaufschlüsse, wenn dadurch das Grundwasser angeschnitten wird oder keine ausreichende Grundwasserüberdeckung erhalten bleibt	
3. Bohrungen	verboten	zulässig, wenn eine Verunreinigung des Grundwassers oder eine sonstige nachteilige Veränderung seiner Eigenschaften nicht zu besorgen ist	
4. Wärmepumpen	Verboten sind Grundwasser-, Erdreich- und Oberflächenwasserwärmepumpen	Verboten sind Grundwasser- und Erdreichwärmepumpen	
5. Sprengungen	verboten	zulässig, wenn das Grundwasser nicht angeschnitten wird und eine Verunreinigung des Grundwassers oder eine sonstige nachteilige Veränderung seiner Eigenschaften nicht zu besorgen ist	
6. Untertageabbau von Bodenschätzen	verboten	zulässig, wenn das Grundwasser nicht angeschnitten wird und eine Verunreinigung des Grundwassers oder eine sonstige nachteilige Veränderung seiner Eigenschaften nicht zu besorgen ist	
7. Betreiben von Wurfscheibenschießanlagen	verboten	verboten, wenn Bleischrot oder PAK-haltige Wurfscheiben verwendet werden	
8. Militärische Übungen außerhalb von Standort- und Truppenübungsplätzen sowie Übungen des Zivilschutzes	verboten, ausgenommen sind Bewegungen zu Fuß, das Durchfahren mit Radkraftfahrzeugen auf klassifizierten Straßen und das oberirdische	zulässig, wenn eine Verunreinigung des Grundwassers oder eine sonstige nachteilige Veränderung seiner Eigenschaften nicht zu besorgen ist	

	Engere Schutzzone	Weitere Schutzzone	
	II	III A	III B
	Verlegen von Feldkabeln		
9. Anlegen und Erweitern von Standort und Truppenübungsplätzen	verboten	zulässig, wenn die erforderlichen Schutzvorkehrungen gegen eine Verunreinigung des Grundwassers oder eine sonstige nachteilige Veränderung seiner Eigenschaften getroffen werden	
10. Volksfeste und sonstige Großveranstaltungen	verboten		
11. Motorsportveranstaltungen	verboten		
12. Aufstellen von Wohnwagen und Wohnmobilen, Zeltlager	verboten	zulässig, wenn die geordnete Abfall- und Abwasserentsorgung gewährleistet ist und wenn eine Verunreinigung des Grundwassers oder eine sonstige nachteilige Veränderung seiner Eigenschaften nicht zu besorgen ist	
13. Schmierstoffe im Bereich Verlustschmierung und Schalölen	zulässig sind nur biologisch schnell abbaubare (z. B. mit dem Umweltzeichen "Blauer Engel" ausgezeichnete) Schmierstoffe und Schalöle		
14. Verwendung von Pflanzenschutzmitteln zur Gleisentkrautung	verboten	zulässig nach Maßgabe der SchALVO	

## § 9

### Duldungspflichten der Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken

Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken innerhalb des Wasserschutzgebietes sind verpflichtet, zu dulden, dass Beauftragte des Wasserversorgungsunternehmens und der staatlichen Behörden die Flurstücke zur Beobachtung des Wassers und des Bodens betreten, Beobachtungsstellen einrichten, amtliche Kennzeichen anbringen und die Fassungsgebiete umzäunen.

## § 10

### Befreiung, Ausnahmen

- (1) Die jeweils räumlich zuständige untere Wasserbehörde kann auf Antrag von den Verboten dieser Verordnung Befreiung erteilen, wenn
1. Gründe des Wohls der Allgemeinheit die Abweichung erfordern oder
  2. ein berechtigtes Interesse an der Abweichung besteht und wegen anderweitiger Schutzvorkehrungen eine Verunreinigung des Grundwassers oder eine sonstige nachteilige Veränderung seiner Eigenschaften nicht zu besorgen ist, oder

3. die sofortige Durchführung der Vorschrift zu einer unzumutbaren Härte führen würde und für eine Übergangszeit die Abweichung eine nachteilige Auswirkung auf das Grundwasser nicht erwarten lässt.
- (2) Die Befreiung kann mit Bedingungen und Auflagen versehen und befristet werden. Sie kann zurückgenommen werden oder nachträglich mit zusätzlichen Anforderungen versehen oder weiteren Einschränkungen unterworfen werden, um das Grundwasser im Rahmen dieser Verordnung vor nachteiligen Veränderungen seiner Eigenschaften zu schützen, die bei der Erteilung der Befreiung nicht voraussehbar waren.
- (3) Die Verbote der §§ 3 und 5 - 8 gelten nicht,
1. für Maßnahmen des Wasserversorgungsunternehmens, die der Wassergewinnung oder -versorgung dienen. Solche Maßnahmen sind dem Bürgermeisteramt Karlsruhe rechtzeitig vor der Durchführung anzuzeigen.
  2. für das Errichten und Betreiben von Anlagen, die bereits vor Inkrafttreten dieser Verordnung rechtmäßig zugelassen, errichtet oder betrieben wurden. Für den Betrieb rechtmäßig zugelassener Anlagen gilt dies nur dann, wenn der Betrieb innerhalb der Zulassung erfolgt. Die Betreiber sind verpflichtet, das Bestehen von Anlagen nach Satz 1 dem Bürgermeisteramt Karlsruhe bis spätestens 6 Monate nach In-Kraft-Treten der Verordnung anzuzeigen. Die Berechtigung des Bürgermeisteramtes Karlsruhe zum Schutze der öffentlichen Wasserversorgung vor nachteiligen Einwirkungen, Auflagen, Bedingungen oder sonstige Anforderungen zu stellen, soweit das Wohl der Allgemeinheit dies erfordert, bleibt unberührt.

## **§ 11**

### **Ordnungswidrigkeiten**

- (1) Ordnungswidrig im Sinne von § 120 Abs. 1 Nr. 19 WG handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig
1. einem Verbot nach §§ 3 und 5 - 8 dieser Verordnung zuwiderhandelt,
  2. einer vollziehbaren Auflage nach § 10 Abs. 2 zuwiderhandelt,
  3. dem Gebot des § 10 Abs. 3 Nr. 2 Satz 3 zuwiderhandelt.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann gemäß § 120 Abs. 2 WG mit einer Geldbuße bis zu 100 000 Euro geahndet werden.

## **§ 12**

### **Inkrafttreten**

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Gleichzeitig wird die Rechtsverordnung des Regierungspräsidiums Karlsruhe über die Festsetzung eines Wasserschutzgebietes im Einzugsbereich des von der Stadt Karlsruhe betriebenen Wasserwerks „Hardtwald“ vom 18.02.1974 in der Fassung der Verordnung des Regierungspräsidiums Karlsruhe zur Änderung der Rechtsverordnung vom 13.06.2002 aufgehoben.

